

# Dresdner Volkszeitung

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkassens: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn monatlich 980,- M. durch die Post bezogen monatlich 980,- M. unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 230,- M. Einzelnummer 50,- M. Sonntagsnummer 70,- M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spalt. Kompartimentszeile 100,- M., die 8spalt. Kompartimentszeile 125,- M., auswärts 125,- u. 500,-, Ausland 800 u. 2500 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangelegenheiten 40 Proz. Rabatt. Für Brieflieferung 30 M.

Nr. 24

Dresden, Montag den 29. Januar 1923

34. Jahrg.

## An das Proletariat der Welt!

### Die Exekutivkomitees

des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationale (London) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Wien) sind am 26. und 27. Januar 1923 in Amsterdam zusammengetreten, um die durch die militärische Besetzung des Ruhrgebiets geschaffene Lage zu prüfen. In Übereinstimmung mit dem früher in Frankfurt (Februar 1922) und Amsterdam (Juli 1922) angenommenen und vom Weltfriedenskongress in Haag im Dezember letzten Jahres feierlich bestätigten Resolutionen verurteilten sie auf das entschiedenste die militärische Besetzung des Ruhrgebiets und die Anwendung von Zwangs- und Gewaltmethoden in der Lösung der Reparationsfrage.

Sie konstatieren, daß die Besetzung des Ruhrgebiets — die unter dem Vorwande des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete erfolgt, in Wirklichkeit aber diesen Wiederaufbau nur erschwert und hinausschiebt — nur einen Teil bildet des großen Kampfes der verschiedenen Gruppen der großkapitalistischen Schwerindustrie Deutschlands und Frankreichs um den dauernden Besitz der wichtigen Kohlen- und Eisenzentren. Die Arbeiterklasse ist heute ebenso wie im Kriege das Opfer dieser kapitalistischen Profitstreben, ihr Interesse einzig die Befreiung der großkapitalistischen Absichten und die Herbeiführung eines wahren Friedens.

Sie beträftigen neuerdings ihren Willen durch Zusammenschluß aller Kräfte und in internationaler Zusammenarbeit aller Völker am wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas mitzuwirken. Die gerechtfertigten, unbedingt notwendigen und in den Grenzen des Möglichen an Frankreich und Belgien für den Wiederaufbau ihrer zerstörten Gebiete zu leistenden Wiedergutmachungen sind ein wichtiges Element dieses Wiederaufbaues.

Sie machen die Arbeiterklasse und die gesamte Öffentlichkeit aufmerksam auf die verheerenden Folgen der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets, auf das unmögliche Regime, dem die friedliche Arbeiterbevölkerung jetzt unterworfen wird, auf die daraus entstehenden ersten und blutigen Konflikte und endlich auf die Tatsache, daß sie den Keim zu neuen Kriegen in sich bergen.

Sie stellen dieser Politik der Gewalt eine Friedens- und Verständigungspolitik entgegen, die auf dem gemeinsamen Interesse des arbeitenden Volkes beruht.

### Sie beschließen:

- Die Propaganda dieser Grundzüge in allen Ländern auf dem Wege der Presse, der Versammlungen und Demonstrationen zu verstärken.
- Den ständigen Austausch genauer und zuverlässiger Informationen über die Lage in den verschiedenen Ländern zu organisieren, um die Bande des gegenseitigen Vertrauens, welche die proletarischen Massen der verschiedenen Länder miteinander verbinden sollen, aufrecht zu erhalten und zu stärken.

3. In allen Parlamenten auf die Regierungen einen Druck ausüben, um sie dazu zu bringen, daß der Völkervertrag angenommen wird, in den vor allem Deutschland mit den gleichen Rechten wie die andern Nationen aufgenommen werden muß.

Sie lenken die Aufmerksamkeit der Arbeiter speziell auf die wachsenden Kriegsgesahren und fordern sie auf, alle ihre Kräfte einzusetzen, um die offenen und geheimen Pläne des Militarismus und Imperialismus zu vereiteln und so zur Aufrichtung der Weltfriedensbewegung beizutragen.

Sie warnen die Arbeiter aller Länder vor der Vergiftung durch die bürgerliche Presse, die ebenso wie im Kriege bereits wieder begonnen hat, in allen Ländern, vor allem aber in Deutschland und Frankreich, die größten Ungeheuerlichkeiten zu verbreiten, um die Völker gegeneinander zu hetzen.

Inbesondere weisen sie auf die Lüge der Regierungen hin, die behaupten, daß sie „nur gegen die deutschen Kapitalisten“ vorgehen, während doch die ersten Opfer ihrer Aktion die deutschen Arbeiter sind, deren gewerkschaftliche und sozialistische Organisationen die Pflicht Deutschlands, im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachungen zu leisten, anerkannt haben und auch heute anerkennen und so der Demokratie die sicherste Garantie für die Herbeiführung eines wahren Friedens geben.

Sie stellen fest, daß die sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen von Frankreich und Belgien nachdrücklich und klar in den Parlamenten, in öffentlichen Versammlungen und in der Presse gegen die den Frieden gefährdende Politik ihrer Regierungen protestiert und alles getan haben, was angesichts der Spaltung in der Arbeiterbewegung und der jenseitigen Macht des siegreichen Kapitalismus möglich ist, um die Massen zu entschiedenerem Austritt zu veranlassen. Sie erklären, daß es ihre Pflicht ist, diese Bestrebungen mit aller Energie fortzusetzen.

Im Interesse dieser Friedensgarantie, um das Reparationsproblem auf dem Wege friedlicher Verhandlungen zu lösen und einer weiteren Zerrüttung der europäischen Wirtschaft entgegenzuwirken, wird das Weltproletariat, insbesondere aber das französische und belgische Proletariat aufgefordert, sich für den

### Sofortigen Rückzug aller Okkupationsstruppen aus dem Ruhrgebiet

einzusetzen, während gleichzeitig die deutsche Arbeiterklasse aufgefordert wird, die deutsche Regierung und die deutschen Kapitalisten zu zwingen, die Deutschland obliegenden Reparationen im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen.

Die Komitees der internationalen Organisationen stellen sich den nationalen Organisationen zur Verfügung, um den Veranstaltungen in den einzelnen Ländern einen internationalen Charakter zu geben.

### Bayerische Anarchie

Von unserem Münchener Korrespondenten

Die Art, wie die bayerische Regierung den am Freitag verhängten Ausnahmezustand angewendet hat, ist schon soviel wie eine Kapitulation vor den Hilttergardern. Man höre zunächst, wie der Minister des Innern, Dr. Schönerer, in einer Zusammenkunft mit den Pressevertretern den Ausnahmezustand begründete: die Hiltterbewegung bilde schon lange „einen Stein des Anstoßes“. Ihr Kampf gegen den Marxismus habe ihre Zustimmung auch solcher bürgerlicher Kreise bewirkt, die mit den angewendeten Mitteln nicht einverstanden sind. (Zugeständnis des aufersehbaren Zweckes der Bewegung und Erklärung der Forderung des Nationalsozialismus durch die Staatsmacht, die Unternehmenschaft.) Nach Dr. Schönerer erfolgte die „nationalistische“ Einstellung der Hiltterbewegung weniger aus außenpolitischen, als aus innenpolitischen Gründen (daher deren Kampf gegen die „Einheitsfront“). Weiter legte der Minister dann dar, daß er bei seiner Antwort nicht in der Pfalz, wo alle höheren Beamten von den Franzosen ausgewiesen wurden, zwar eine gerechtfertigte Ueberreizung bis in die ganz links gerichtete Arbeiterschaft gegen den französischen Druck vergebunden habe, dagegen aber auch, daß in der Pfalz eine entschuldendere Haltung der bayerischen Regierung gegen den Nationalsozialismus erfordert werde. Daraufhin beschloß die Regierung am Donnerstag (!), alle Versammlungen unter freiem Himmel und Massenmärsche zu verbieten. Dieser Vorbehalt des Ausnahmezustandes gefaßte Beschluß fand jedoch nicht die Zustimmung des Hiltter. Er drohte der Regierung mit gewalttätigem Widerstand! Das geschah gegenüber dem Münchener Polizeipräsidenten, der den Rat erteilte, Hiltter möge sich am Freitag morgen ins Ministerium des Innern begeben, und dort eine Verständigung (!) herbeiführen. Dr. M. Hiltter ging jedoch nicht darauf ein, sondern schickte „bei seiner Stichtupplführung ins Ministerium, die den Minister ... Rede füllten und sich in gewalttätigen Drohungen ergingen.

So kam der Ausnahmezustandsbeschuß zur V. A. Aber kaum war der Wille zur Tat im Innern bayerischer Staatsmänner aufgehoben, so gestaltete sich die dort erfolgte das Verbot der zwölf nationalsozialistischen Versammlungen gleichzeitig mit dem der für Freitag angekündigten sozialdemokratischen Versammlung. Am Sonnabend früh wurde das Verbot der nationalsozialistischen Versammlungen jedoch wieder aufgehoben, so daß als zweifelhaftes Ergebnis der kühnen Tat der bayerischen Regierung und ihres „Ausnahmezustandes“ bis jetzt nichts vorhanden ist, als die Verhinderung einer sozialdemokratischen Massendemonstration gegen Umsturz im Innern

und gegen brutale Gewaltakte der Franzosen. Wogegen die am Freitag abend erfolgte Beschlagnahme des „Völkischen Beobachters“, die eine prahlerische Ankündigung der verbotenen Versammlungen enthielt, am Sonnabend früh wieder aufgehoben wurde.

Allen Anzeichen nach wird sich die Praxis des Ausnahmezustandes auch weiter in einem dänischen Schwanken zwischen Wollen und Können bewegen. Nicht ohne Absicht hat das gesinnungslos Hauptorgan des Münchener Spießertums, die „demokratischen“ neuesten Nachrichten, gleich beim Bekanntwerden der Verhängung des Ausnahmezustandes die Parole eines „Mißverständnisses“ zwischen den Kriegführenden ausgegeben, weil kein schwerwiegender Grund für den Ausnahmezustand vorliege. Ein andres Hilfsorgan der Hiltterischen Gegenregierung, die deutschnationale „Münch.-Nachr.“, zieht es vor, sich vorläufig über das „Mißverständnis“ wie die ganzen Vorgänge auszuschweigen. Die Frage, ob eine so einschneidende Maßnahme überhaupt notwendig war, kann man von unserem Standpunkte aus nur mit einem entschiedenen Nein! beantworten. Ihre Notwendigkeit kann nur damit begründet werden, daß in Bayern die Verwaltung und die Justiz, dank der fast einseitigen Haltung der Regierung, die gleichmäßige Anwendung der bestehenden Gesetze nach rechts und links unterlassen haben. Die antisoziale, antidemokratische Gesinnung unserer Richter ist notorisch. Vom Gesetze der Landtagsmehrheit und ihrer Geschäftsführer geben die Interventionen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ein klar erkennbares Bild. Das Wesentliche zur Beurteilung der relativen Notwendigkeit des Ausnahmezustandes besteht jedoch darin, daß in Bayern die zum Schutze der Republik erlassenen Gesetze keine Anwendung finden! Die wegen dieser Gesetze geschlossenen langwierigen Verhandlungen bezweckten nur, dem Reiche Entgegenkommen abzulockern, waren jedoch sovielso „für die Katz“, weil die bayerischen Politiker in der Anwendung des intellektuellen Vorbehalts eine durch Generationen ererbte Meisterschaft besitzen.

Schon die nächsten Tage dürften zeigen, ob der neu verhängte Ausnahmezustand als Ersatz für die verbotenen Parteistufenarbeiten anzusehen ist, in welchem Falle das Ansehen der Regierung bis auf den letzten Rest erledigt wäre. Oder ob, wie es den Anschein hat, auch diese aus Angst und Schwäche geordnete Maßnahme, ebenso wie alle andern Gesetze, dazu bestimmt ist, die Betätigung der freigesetzten Arbeiterschaft einzudämmen. Die hochbetrauten Hiltterbanden stehen gegen sie, die Regierung und ihre Polizei verhalten sich „neutral“, die verkauften Presse, die feilschenden Ressortkorrespondenten der öffentlichen Meinung, arbeiten allebewacht gegen die einzige, entscheidend für die Republik, für Ordnung und Ruhe wirkende Arbeiterschaft. Wird der Ausnahmezustand nach bisheriger Praxis in erster Linie gegen sie angewendet, so würde die bayerische

Regierung beweisen, daß sie entgegen dem Worte *Cabour* nicht einmal mit dem Ausnahmezustand regieren kann.

### Nationalsozialistischer Wahnsinn

München, 28. Januar. In der Versammlung der Nationalsozialisten gelangte eine einheitliche Entscheidung zur Annahme, in der u. a. die sofortige Ungültigkeitserklärung des Friedensvertrages, die Einstellung jeglicher Geld- und Sachlieferung, die sofortige Durchführung einer Währungsreform, rückwirkendster Kampf gegen Vaterlandsverräter, Ausschaltung der Schutzeleg, Verhaftung der „Novemberverbrecher“ und beschleunigte Einführung der Todesstrafe gegen Wucherer und Schieber gefordert wird.

Ein rückwirkendster Kampf gegen Vaterlandsverräter mußte sich vor allem gegen die falschlichen Norden richten, die der Verfassung den Hals umzudrehen suchen und den Bürgerkrieg entfesseln möchten, während die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebiets im Abwehrkampf gegen den französischen Militarismus steht.

### Die Regierung bröckelt!

München, 28. Januar. Die die Münchener Neuesten Nachrichten zuverlässig hören, soll der Staatsminister des Innern Dr. Schönerer am Sonntag abend dem Ministerpräsidenten sein Rücktrittsgebot überreicht haben.

### Die Absperrung

Essen, 27. Januar. (W.F.) Die Pollinie am das Ruhrgebiet, das heißt die Absperrung desselben vom übrigen Reich, ist wie folgt vollzogen worden:

In nördlicher Richtung haben die Franzosen folgende Linie mit starken Truppenmassen abgepflegt: Düsseldorf über Grottenbaum nach Duisburg—Oberhausen—Vottrop—Gladbeck West 2—Kettlinghausen. Von hier aus gehen die Operationen nach Südwesten weiter.

In südlicher Richtung ist folgende Linie besetzt: Düsseldorf—Kettling—Werden—Ruppeldreng nach Steele in nördlicher Richtung weiter.

In Verbindung mit diesen Operationen sind dann auch im weiteren Laufe des Tages die Bahnhöfe Gladbeck West, Kettlinghausen Ost, Ruppeldreng und Ruppeldreng Süd, ferner im Süden Werden, Essen Stadtwald, Geisingen und Ruppeldreng von französischen Truppen besetzt worden. Die Kettlinghausen und Arbeiter sind teils nach Hause geschickt worden, teils ist die Arbeit wegen der Eingriffe der Franzosen in den inneren Betrieb niedergelegt worden.

Auf der Straße Düsseldorf—Oberhausen fahren bei gewalttätiger Umlegung der Weiden Truppen und porträgiert mit französischer Bedienung, da deutschen Eisenbahner die Arbeit in den Stillständen verweigert haben und die französischen Eisenbahner mit den deutschen Einrichtungen nicht vertraut sind.

Die Pollinie ist bereits gezogen im Süden über Wuppertal—Lünen nach Dortmund—Sörde auf Ragen—Korbelle.